

# Neue Presse

Bezugspreis:  
Die Liebengesellschaft Non-  
partheite 40 Pf. Aus-  
land 75 Pf. Allein 25 Pf. Ausland  
3 Pf. Für die erste Seite  
werden keine Anzeigen an-  
genommen.

Bezugspreis:  
In Lódz und nächster Um-  
gebung wöchentlich 1 Ml.  
60 Pf. und monatlich 8 Ml.  
60 Pf. Durch die Post be-  
zogen kostet sie 7 Ml. 60 Pf.  
monatlich.

Eigene Vertreter in: Aleksandrow, Bialystok, Chełm, Kalisz, Konin, Konstantynow, Lipno, Lublin, Lubianice, Rybnik, Sołkowice, Tomaszów, Turek, Włocławek, Zgierska-Wola, Zgierz.

Nr. 2/285.

Lódz, Montag, den 27. Oktober 1919

Preis 25 Pf.

## Der Staatschef in Posen.

Posen, 27. Oktober. (Pat.)

Sonntag vormittag 10 Uhr besuchte der Staatschef die Kathedrale. An den Porten der Kathedrale wurde der Staatschef von Dr. Dobrowor begrüßt. Gestern versammelte sich vor dem Rathausplatz eine Menge, die Zeuge der Ankunft des Staatschefs vor dem Rathaus sein wollte. Bürgermeister Dr. Zwetski hielt eine Begrüßungsrede in der er die Heldenaten des Heeres preis und Pilsudski hochröhren ließ.

Im Alten Theater fand zu Ehren des Staatschefs eine Feier statt, in deren Verlauf darauf hingewiesen wurde, daß die akademische Jugend in dem denkmalwürdigen geschichtlichen Augeblick die Universitätsbank verlassen und auf das Schlachtfeld gerufen sei, um durch Taten ihre Vaterlands-Heihe zu beweisen.

Vor dem Großen Theater fand eine Huldigung für den Staatschef statt. Aus überausen- den Reihen erschollten Hochrufe auf Pilsudski. Im Theater saßen in der Loge Pilsudski, Minister Seyda, General Henryk, Minister Wołoszowski, General Haller, General Dąbrowski, sowie das Ge- folge des Staatschefs. Das Orchester spielte die Polohymne, worauf die Polonaise Adur von Chopin zu Gehör gebracht und die zweite Szene aus den "Legionen" aufgeführt wurde. Während der Pause wurden auf dem Theaterplatz Kunstfeuer abgebrannt. Der Staatschef sah diesem Schauspiel vom Balkon aus zu. Nach der Pause wurde der zweite Akt aus der Oper "Straszny Dwór" aufgeführt.

## Um Polens Grenzen.

Generalstabbericht vom 26. Oktober.

Ukrainisch-weißrussische Front: Bei Dünaburg schwache Tätigkeit der eigenen und feindlichen Artillerie. Im nordostlichen Abschnitt beiderseits lebhafte Tätigkeit der Rundschäfer. Im Rayon Vorjysow wiesen wir mehrfache feindliche Angriffe zurück. An der übrigen Front keine Veränderung.

Wohynische Front: Nichts neues.

Der Vertretende Chef des Generalstabes Haller, Oberst

## Die Untersuchung der Friedensmöglichkeiten.

Die polnische Frage.

Berlin, 24. Oktober.

In der gestrigen fortgesetzten Vernehmung des Grafen Bernstorff vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung fragte zunächst

Vor. Abg. Warmuth: Excellenz haben uns erklärt, daß so lange die Friedensvermittlungsmission mit Wilson schwäche, niemals davon die Rede gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Nun hat in der Senatsversammlung vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es ein einziges unabhängiges, selbstständiges Polen geben solle. So weit als möglich sollte auch diesem Volke ein direkter Ausgang zu den großen Herrschaften der See gegeben werden. Wo das durch Gebietsabtretungen nicht erreicht werden könnte, solle es durch Neutralisierung der Zugangswege erzielt werden. Mir scheint, daß hier ein Widerspruch besteht. Denn wenn ein einziges Polen verwirklicht werden sollte mit einem Korridor zum Meer oder durch Neutralisierung bestimmter Gebiete Deutschlands, dann könnte die Integrität Deutschlands unmöglich unversehrt bleiben. Es liegt also ein Widerspruch vor. Ich bemerkte, daß diese Botschaft vom 22. Januar zu einer Zeit erging, als die diplomatischen Beziehungen mit Amerika noch völlig bestanden und als Sie noch in Washington waren.

Graf Bernstorff: Das Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, beweise ich keineswegs. Aber ob diese Wiederherstellung so weit gehen sollte, daß Preußen bzw. Deutschland seine Autonomie aufrechterhalten sollte, würde noch meiner Ansicht aus den Verhandlungen hervorgegangen sein. Ich habe mich dabei sicherlich um Kompensationen gehandelt haben. Wenn der Frieden ohne Sieg war nicht unbedingt aufzufassen, daß gleichzeitig Gebiete befreien bleiben sollten, sondern daß auch Aenderungen mit entsprechenden Kompensationen vorkommen sollten.

Vor. Abg. Dr. Schüding: Ist das Ihre persönliche Auffassung oder der Niederschlag Ihrer Verhandlungen?

## Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 26. Oktober.

Zum Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen, das gestern unterzeichnet wurde, erfuhr das "Berliner Tageblatt": Es wurde festgelegt, daß gegen eine Lieferanzahl von 75 000 Tonnen Kohle monatlich nach Polen, von diesen an Deutschland zulässige jährig 15 Millionen Zentner Kattostoffe für 16 Mark pro Zentner ab Reichsgrenze geliefert werden. Ferher etwa 70 bis 80 000 Tonnen Mineralöle und bluminose Produkte, eine Million Liter Spiritus und eine große Menge Gänse.

Die Polen geben die Schiffahrt auf der Weichsel und ihren Nebenflüssen frei. Auch die Regierung des Eisenbahnverkehrs Ostpreußen-Innendutschland wurde besprochen, die endgültige Festsetzung der hierfür in Zukunft geltenden Ordnung wird demnächst erfolgen.

Vorsetzung für das Zustandekommen der obigen Abmachungen ist, daß die polnischen Verhandlungen, bei denen sich bekanntlich eine große Zahl stützlicher Punkte ergeben haben, zu einem beständigem Abschluß gelangen.

## Keine Monarchie in Russland.

Amsterdam, 27. Oktober. (Pat.)

Die "Times" melden unterm 23. d. Wts., daß Rötschke von Judentum und Denominatio als das Haupt der russischen Regierung anerkannt wurde. Der Vertreter Judentums General Dobraszki, der in London eintraf, erklärte, daß Judentum weltgehende Verfügungen getroffen habe, um den Sklaven der Wollgewerkschaft zu bewerkstelligen. Rötschke, Judentum und Denominatio bestätigen die Bildung einer Koalitionsregierung, die es zur Aufgabe machen würde, die Wahlen für die Nationalversammlung auf demokratischer Grundlage vorzubereiten. Sie haben keinerlei Absicht, die Monarchie wieder aufzurichten, wollen jedoch eine demokratische Regierungsform schaffen.

## Asquith, der "Volksbewußt".

Rotterdam, 26. Oktober.

Wie "Nieuwe Hollandsche Courant" aus London meldet, hielt Asquith in London eine Rede, in der er sich energisch gegen die russische Politik der lebhaften Regierung gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Nun hat in der Senatsversammlung vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es ein einziges unabhängiges, selbstständiges Polen geben solle. So weit als möglich sollte auch diesem Volke ein direkter Ausgang zu den großen Herrschaften der See gegeben werden.

Vor. Abg. Warmuth: Hat Oberst House sich zu Ihnen in dem Sinne geführt?

Graf Bernstorff: Es ist mit mir mündlich in dem Sinne verhandelt worden, daß gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen seien.

Abg. Solheim (Dem.): Es wird in den Justizialien nur von Zugangswegen für Polen gesprochen. Das wäre die Möglichkeit offenlassen, daß sowohl Danzig wie auch die Zugangswege, so die Weichsel und die Bahnstrecke über Marienburg an und für sich deutsch bleiben könnten. Es wäre ja möglich, daß Polen auch die Bahnstrecken mit Amerika noch völlig belassen und als Sie noch in Washington waren.

Graf Bernstorff: Das Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, beweise ich keineswegs. Aber ob diese Wiederherstellung so weit gehen sollte, daß Preußen bzw. Deutschland seine Autonomie aufrechterhalten sollte, würde noch meiner Ansicht aus den Verhandlungen hervorgegangen sein.

Abg. Dr. Schüding: Es ist nicht von einem neutralen Korridor, sondern von einem neutralen Weg geredet worden? Haben Sie es so verstanden, daß damit ein völkerrechtliches Szenario gemeint war?

russischen Volkes, soweit dessen innere Politik in Betracht komme, keinen Einfluß ausüben.

Er fährt fort: Ich werde sicher ein Volksbewußt genannt werden. Über mein Protest beruht auf den Grundsätzen, die wir gekämpft haben und die, wie behauptet wird, im Friedensvertrag zum Ausdruck kommen. Ich protestiere dagegen, daß unter Gold, unter Material und unsere Männer für die Regelung der inneren Angelegenheiten des russischen Volkes verwendet werden. Zum Schluß bezeichnet Asquith es als Pflicht Englands und der übrigen Welt, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gegründeten neuen Staaten gegen jeden Angriff zu schützen.

## Trotz nur durch Zufall der Gefangenschaft entronnen.

Berlin, 27. Oktober. (Pat.)

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus Kopenhagen: Nach der "Nationalbewußt" verlautet aus amtlichen Quellen, daß Trotzki bei einer Gefangenschaft geraten sei. Es gelang ihm nur durch einen Zufall nach Petersburg zu entkommen.

## Russischer Frontbericht.

Wien, 27. Oktober. (Pat.)

Aus Moskau wird unterm 4. d. Wts. berichtet: Bericht von der Front: Unsere Truppen sehen nach der Einnahme von Pawlowsk den Vormarsch fort. Sie besiegten Vylyje Strugi. Sie verdrängten den Feind aus seiner Stellung 40 Meilen jenseits des Flusses Uhorez. Bei Kiew und Tschernigow gab es keinerlei Veränderungen. Bei Woronesch dauern die Kämpfe fort. Bei Turgon haben unsere Truppen die Angriffe erneut und 500 Gefangene gemacht.

## Der Generalgouverneur von Petersburg.

Amsterdam, 25. Oktober.

Dem "Allgemeinen Handelsblatt" zufolge meldet Daily Telegraph aus Kopenhagen, daß die nordwest-russische Regierung den General Bladimir zum Generalgouverneur von Petersburg bestimmt hat. Er soll den Befehl übernehmen, sobald die Stadt eingenommen ist. Er ist vor kurzem aus Petersburg gestrichen und mit den jüngsten Zuständen in der Stadt gut vertraut.

## Die Wirkung der Ostseeblöcke.

Wien, 27. Oktober. (Pat.)

Aus Köln wird gemeldet, daß die Blockade Deutschlands sehr sichtbar macht. In allen westlichen Häfen in der Ostsee ist der Schiffsverkehr eingestellt. Es sammeln sich einer Menge Waren an, die der Verladung harren.

Graf Bernstorff: Damals hieß es nur, ein Zugang zum Meer durch Eisenbahnen oder dergleichen sollte erreicht werden.

Vor. Abg. Warmuth: Das Gebiet sollte also nicht der deutschen Staatshoheit entzogen werden?

Graf Bernstorff: Nein.

Professor Höglund: Haben Sie den Einbruck gewonnen, daß auf amerikanischer Seite darüber bestand, wie Polen wiederhergestellt werden sollte?

Graf Bernstorff: Ein klares Programm war in Amerika hierfür nicht vorhanden, das sollte den Verhandlungen unter den Kriegsgegnern vorbehalten bleiben.

## Vor dem Inkrafttreten.

Bugano, 25. Oktober.

Der Oberste Rat hat am Donnerstag unter dem Vorsitz Bischops eine Sitzung abgehalten, in welcher über die Mittel beraten wurde, welche zu ergreifen sind, sobald der Versailler Friedensvertrag ins Leben tritt. Der Bericht der Kommission für die Ausführung des Vertrages wurde zu Protokoll genommen. Es bezieht sich auf die Bildung von Komitees bei der Volksabstimmung. Marschall Foch hält eine Ansprache. Die Besetzung der Staaten, in welchen Volksabstimmung stattfinden soll, erfordert Truppentransporte, die einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Diese Vorbereitungen werden jedoch Anfang November beendet sein. Es geht hieraus hervor,

dass der Friedensvertrag erst in dieser Zeit zur Ausführung gelangt.

## Teilweise Ablehnung des Friedensvertrages in Bulgarien.

Bugano, 24. Oktober.

Am 24. d. M. läuft die Frist für die bulgarische Delegation zur Annahme oder Verwerfung der Friedensbedingungen ab. Wie aus Sofia mitgeteilt wird, hat die Sobranje beschlossen, den Punkt des Friedensvertrages bezüglich der Eroberung Thrakiens und der Gebund von Strumiza abzulehnen. Trotzdem geht die Eroberung Thrakiens ungehindert vor sich.

## Locales.

Lódz, den 27. Oktober 1919

Personelles. Der Stadtrat von Wilna ernannte den gegenwärtigen Lódzer städtischen Ingenieur Schöpfeld zum Vizepräsidenten der Stadt Wilna.

Gründung eines neuen städtischen Gymnasiums. Gestern fand in der Tarczynstraße die feierliche Gründung des 8. Klassigen städtischen Gymnasiums statt, das aus der 4. Klassigen städtischen Schule umgebildet wurde. Die Feier wurde mit einem vom Schülerchor vorgetragenen Liede eingeleitet. Oberlehrer Hajowski hieß einen Vortrag über Schlesien, worauf das Schülerorchester spielte. Schiedsdekorationen u. a. m. folgten. Wie wir hörten mitgeteilt haben, wird das Gymnasium in das Schulgebäude in der Sienkiewicz-Str. 44 verlegt werden.

Ein städtisches Gesundheim. Demnächst wird die Gesundheitsdeputation ein Gesundheim mit 150 Betten eröffnen.

Das Krankenhausmobil. Wie wir erfahren, ist das Automobil zur Überführung Seuchenkranker, von dem wir dieser Tage berichtet haben, der Stadt Lódz vom amerikanischen Roten Kreuz geschenkt worden.

Die Cholera in Polen. Der "K. B." schreibt: Aus verschiedenen Gegenden des Reiches treffen Nachrichten über die ostasiatische Cholera ein. Cholerafälle mit teilweise tödlichem Ausgang wurden in Kowl im Kreise Lublin, Brestowic und Sosnowic festgestellt; in letzter Stadt ist sie unter den Bürgern. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die sichliche Krankheit von Rückwanderern aus Russland eingeschleppt wurde. Nach den Aussagen von Rückwanderern ist in Russland auch ziemlich stark die Pest verbreitet. Es ist daher zu befürchten, daß diese schreckliche Seuche auch bei uns eingeschleppt werden kann.

Kontrolle der Mineralwasserfabriken. Die Gesundheitsdeputation beschloß den Leiter des staatlichen chemisch-bakteriologischen Laboratoriums um Kontrolle der Mineralwasserfabriken zu bitten.

Ein Goetheabend findet am Mittwoch im Konzerthaus statt. An dem Abend, der im Rahmen der Freien Bühne veranstaltet wird, wirken mit: Schauspieler E. Mazzoni (Prolog), Opernsängerin Paula Tieche-Pfaff aus Polen (Vortrag von Gorines Liedern), Schriftsteller Heinrich Zimmern (Vortrag über Goethe als Dichter), Frau Dr. Stenzel (Anekdote Goethescher Balladen), Oberlehrer Gen. Pohl (Vortrag über Goethe als Mensch). Das Programm des interessanten Abends ist auf 8 Uhr angelegt. Karten sind von heute 5 Uhr ab in der Erdmannschen Buchhandlung in der Berlitzstraße zu haben.

Der Kohlenverbrauch der Lokomotiven. Ingenieur Bepłowski berichtete in der Konsistorialkommission des Reichstages unter anderem verschiedene Interessante über den Kohlenverbrauch der Lokomotiven der Staatsbahnen. Während zur russischen Zeit eine Lokomotive für einen Kilometerfahrt 20 Kilogr. und zur deutschen Zeit 19 Kilogr. benötigte, verbraucht eine Lokomotive des Reichesminiesteriums auf den Bahnen des Reichesminiesteriums 29 Kilogr. und auf den Bahnen des Kriegsminiesteriums sogar 35 Kilogr. für den Kilometer.

Ankauf von städtischen Lastautomobilen. In einer letzten Sitzung nahm der Magistrat das Angebot des Herrn S. Nacher auf Lieferung von 6 Lastautomobilwagen zum Preise von je 30 000 M. an.

Ein neuer Kreis. Seit einigen Tagen streiken die Vorsetzen-Damenhäusler, die den größten Teil der höchsten Konfektionshäuser verjagen.

Ungesunde Sensationspresse. Die Berliner "Sagittus Polonus" brachte die sensationale Nachricht über eine ungeheure Zahl von verhafteten Offizieren und Soldaten. Diese Nachricht wiederholte ein Krakauer Blatt, worauf sie auch in einem Warschauer Abendblatt erschien. Jedenfalls lesen wir im "Kurier Lwow" folgen-

